

KlimaKommunal – Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter Kongressbericht

Von Sabine Drewes und Wolfgang Pohl

Mitarbeit: Silke Inselmann, Doris Lorenz, Judith Utz, Mona Neubaur

Am 24. und 25. Oktober 2008 trafen sich insgesamt 160 Kommunalpolitiker/innen sowie fachpolitisch Interessierte und Aktive zum Kongress „KlimaKommunal – Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter“ in Münster, dem ersten kommunalpolitischen Bundeskongress. KlimaKommunal war eine Kooperation der Heinrich-Böll-Stiftung mit den drei Landesstiftungen in NRW, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie der grünen kommunalpolitischen Vereinigung GAR NRW. Auf dem Kongress wurde die „Münsteraner Erklärung“ vorgestellt und diskutiert.

Anderthalb Tage lang debattierten die Teilnehmer/innen angeregt, wie Kommunen in Deutschland ihre Vorreiterrolle im Klimaschutz ausbauen können. Denn einige Kommunen spielen diese Rolle seit Längerem bravourös, so z.B. die Gastgeberstadt Münster, wie der münstersche Umweltdezernent **Thomas Paal** eingangs ausführte. Zweimal wurde Münster von der Deutschen Umwelthilfe der Titel „Bundeshauptstadt in Klimaschutz“ verliehen.

Münster etablierte ein effizientes Energiemanagement an eigenen Gebäuden, steigerte den Anteil des Verkehrs im Umweltverbund (ÖPNV, Fahrrad, zu Fuß gehen) auf 60 Prozent, die Stadtwerke bauten ein CO₂-armes Gas- und Dampfkraftwerk. All diese Maßnahmen reduzierten den CO₂-Ausstoß der Stadt um 20 Prozent gegenüber 1990 – ein bundesdeutscher Spitzenwert in einer Kommune.

Bis 2020, also in 13 Jahren, müssen die Treibhausgas-Emissionen jedoch um weitere 20 Prozent sinken, will die Stadt ihren angemessenen Beitrag zur Erfüllung des Klimaschutzziels der Bundesregierung leisten. Andere Städte und Gemeinden sind noch lange nicht so weit. Hier lautet die Frage: Wie kann man alle Kommunen zum Mitmachen beim Klimaschutz bewegen?

Gute Beispiele ...

Reinhard Loske, der Bremer Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, mahnte, man dürfe die Finanzkrise nicht gegen die Klimakrise ausspielen. Für Bremen kündigte er an, den Radverkehr und Carsharing-Angebote sowie die Offshore-Windenergie ausbauen zu wollen.

Beispielhaft in vielerlei Hinsicht ist die schwedische Gemeinde Växjö, die sich selbst als "Europas grünste Stadt" bezeichnet. Die Umweltbeauftragte **So Hie Kim-Hellström** beeindruckte durch ihren Vortrag: Schon in den 70ern wurden hier die Gewässer saniert, seit den 80ern beruht die gemeindeeigene Energieversorgung auf Biomasse, gesteuert

wird die Kommunalpolitik durch ein Umweltmanagementsystem und durch ein Öko-Budget. Bis 2010 soll die CO₂-Bilanz, gemessen an 1993, um 50 Prozent verbessert werden. Doch zeigt das Beispiel auch: Es brauchte 40 Jahre konsequente Umweltpolitik, um zu so respektablen Ergebnissen zu kommen.

Gemessen daran stehen die meisten Kommunen in Deutschland noch am Anfang. Dies beginnt schon bei den Klimabilanzen: Sie sind, kritisierte der hannoversche Umweltdezernent Hans Mönninghoff, häufig unehrlich und – mangels gemeinsamer Standards – untereinander schwer vergleichbar. Und noch lassen sich die deutschen Kommunen, die eine umfassende, strategisch formulierte und durch Klimabilanzen evaluierte Klimaschutzpolitik betreiben, an zwei Händen abzählen.

... und großer Nachholbedarf

Viel Nachholbedarf sah auch **Robert Spreter** von der Deutschen Umwelthilfe bei der Podiumsdiskussion „Best practice – träge Masse“, bei der eine Bilanz des Klimaschutzes in deutschen Kommunen gezogen wurde: Es gebe zwar vorbildliche Kommunen, doch die Mehrzahl halte nicht einmal einfache Standards ein. So sei es völlig unverständlich, wenn eine Gemeinde heute noch auf ein zeitgemäßes Energiemanagement verzichte. In die gleiche Richtung argumentierte **Wolfgang Teubner** vom ICLEI: Klimaschutz müsse als Querschnittsaufgabe behandelt werden, die alle Bereiche des kommunalen Handelns betrifft und der eine hohe Priorität zukommt. Im Baubereich habe die Kommune - schon aus demografischen Gründen - schwierige Aufgaben vor allem im Bestand, weniger im Neubau zu lösen. Auch unpopuläre Maßnahmen müssten angegangen werden; so sei eine City-Maut im Vorhinein meist nicht mehrheitsfähig, werde nach Einführung aber häufig akzeptiert.

Damit war die Frage nach dem Verhältnis zwischen ökologischen Notwendigkeiten und demokratischer Entscheidungsfreiheit auf dem Tisch und erhitzte auf dem Kongress immer wieder die Gemüter: Ist es beispielsweise vertretbar, wie in Rostock einen Anschluss- und Benutzungszwang für die Fernwärme zu verordnen?

Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München befürwortete dies. Da bei der Stromerzeugung die Abwärme ohnehin entstehe, sei es nur logisch, sie zur Heizung der Häuser in der Umgebung zu verwenden, und nur durch (zumindest) einen Anschlusszwang wird so manches Blockheizkraftwerk wirtschaftlich. Doch Einzelne, die für ihr Haus eine noch effizientere Lösung verwirklichen wollen, sehen dies gelegentlich anders. Dieses Motiv blitzte an vielen Stellen des Kongresses auf, so z.B. in der Diskussion um die Marburger Solarsatzung.

Viele Handlungsfelder

Klimapolitik ist, zumal kommunal, ein echtes Querschnittsthema, das viele Bereiche des kommunalen Handelns berührt. Die wichtigsten wurden am zweiten Tag in Workshops vertieft.

"**Klimawandel, Kommunen und die soziale Frage**" hieß das erste Panel.

Marlis Bredehorst, grüne Dezernentin für Umwelt und Soziales in Köln, brachte es auf den Punkt: "Die ökologische Stadt ist gut für Arme". Grünanlagen und auch Mietergärten, so Bredehorst, gehörten in erster Linie in benachteiligte Quartiere, deren BewohnerInnen seltener als andere ins Grüne fahren.

Vorteilhaft für solche Vorhaben sei es, wenn die Stadt - dies träfe für Köln zu - noch über eigene Wohnungsbestände verfügt. Köln geht beispielsweise auch großzügiger mit den Miet-Obergrenzen für Hartz-IV-EmpfängerInnen um, wenn sie in energetisch sanierten Wohnungen (mit entsprechend niedrigeren Heizkosten) leben. Ein wichtiger Diskussionspunkt war die Umgestaltung von Stromtarifen, unter deren Anstieg viele sozial Benachteiligte litten.

Nicht Sozialtarife - Senkung der Stromkosten für Arme -, sondern Stromspartarife seien die richtige Antwort, so MdB **Markus Kurth**, sozialpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion. Er meinte damit eine vergünstigte Basisversorgung; wer darüber hinaus mehr Strom verbraucht, zahlt dafür progressiv ansteigend mehr. Das Konzept gehe aber nur auf, wenn Hilfen zum Energiesparen geleistet werden. Das könnten Mikrokredite zur Anschaffung sparsamer Haushaltsgeräte sein, die in kleinsten Raten - z. B. über die Stromrechnung - abgezahlt werden oder auch Sanierungsmaßnahmen an den Gebäuden, in denen HilfeempfängerInnen wohnen.

Hinzu müsste eine aufsuchende Energieberatung kommen. Eine andere Gestaltung der Stromtarife müsste allerdings zentral geregelt werden, da sie in Zeiten des liberalisierten Energiemarktes sonst auf dem Markt nicht durchsetzbar wäre. **Michael Wübbels** von Verband Kommunaler Unternehmen äußerte sich kritisch zur Einführung jeder Art gestaffelter Tarife und forderte die Grünen auf, sich davon zu verabschieden. Danach sah es aber nicht aus, jedenfalls nach der Stimmung auf dem Workshop zu urteilen.

"**Das Klima ändert sich. Und Wir?**" lautete die Leitfrage im zweiten Panel, das Bewusstseinswandel und Lebensstile in den Fokus rückte. Sicher ist: Klimaschutz kann nur dann generelles Leitmotiv der Politik werden, wenn die Mehrheit in der Gesellschaft mitzieht. Sowohl Essen als auch Münster versuchten mit Werbekampagnen auf öffentlichen Flächen und Verkehrsmitteln, die Bürger/innen zum Mitmachen beim Klimaschutz zu gewinnen. Beide Städte hatten auch gute Erfahrungen mit verwaltungsinternen Strukturveränderungen gesammelt. Im Fall von Essen sei dies, so die Umweltdezernentin **Simone Raskop**, auf das sog. Integrierte Klimaschutzkonzept zurückzuführen.

Hierfür wurde erstmalig eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, in deren Steuerungsgruppe auch der Kämmerer mitarbeitet. Erste Erfolge und Möglichkeiten, einen mentalen Wandel herbeizuführen, seien sichtbar. So würde die Kämmerei mittlerweile lebenszyklusbezogen argumentieren, damit erhält die Werterhaltung von Gebäuden eine besondere Bedeutung. Trotz angespannter Haushaltslage ließe sich auch die kommunale Finanzaufsicht überzeugen. Das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) böte sehr gute Möglichkeiten, energetische und bestandserhaltende Sanierungsmaßnahmen überzeugend darzustellen.

Für Münster bestätigte Umweltamtsleiter **Heinrich Bruns** diese Erfahrungen, betonte aber zugleich, dass noch sehr viel mehr geschehen müsste als bisher. Denn auch Münster liege noch weiter unter den angestrebten CO₂-Einsparungen. Bruns: „Wir sparen viel, leben aber im Grunde weiter wie bisher.“ Gefordert sei ein grundsätzlicher Wandel und den zu erreichen, das wird noch „eine spannende Debatte“.

Christine Denz berichtet aus dem ländlichen Raum Neckar-Odenwald-Kreis (NOK). Im NOK gründete eine Basisinitiative einen Verein, der mit anderen Naturschutzvereinen

zusammenarbeitet. Auf diese Weise ließe sich Klimaschutz konkret darstellen und ein Klima des Wandels erzeugen. Letztlich habe auch die Politik gemerkt, dass sich mit Umwelt- und Klimaschutz Stimmen gewinnen ließen.

Einigkeit bestand darüber, dass Klimaschutz und Energieeffizienz eher sperrige, abstrakte Themen ist. Um Menschen zu erreichen und zum Mitmachen zu begeistern braucht es, so Denz, zum einen eine anschauliche, lebendige Sprache („Trag's nicht fort, behalt's im Ort“ statt regionaler Wertschöpfung). Eine zentrale Rolle kommt bei allen Strategien den VerbraucherInnen zu. Buchautor **Fred Grimm** betonte: Den Einkauf kann jeder persönlich steuern. Das gelte auch für die Kommune, die bei ihrem eigenen Einkauf eine Vorbildfunktion einnehmen kann und sollte.

"Verkehrswende adé – oder jetzt erst recht?" war die provokante Ausgangsfrage im dritten Panel. Handlungsbedarf besteht, denn der Verkehr trägt mit ca. 20 Prozent zu den CO₂-Emissionen bei. Der Verkehrssektor erweist sich allerdings als besonders sperrig, weil sich für eine Verkehrswende neben der Infrastruktur auch das individuelle Verhalten stark ändern müsste. Momentan verzeichnen besonders die CO₂-Emissionen im motorisierten Individualverkehr weiteren Zuwachs. **Ulrike Reutter** vom ILS NRW führte aus, welche Instrumente die Kommunen zur Beeinflussung des Verkehrs hätten, besonders die kommunale Planungshoheit sowie die Vorbildfunktion durch ein betriebliches Mobilitätsmanagement und die umweltfreundliche Gestaltung des eigenen Fuhrparks. Sie betonte die Bedeutung eines kommunalen Mobilitätsmanagements, um das Verkehrsverhalten der Bürger zu beeinflussen.

Der Verkehrswissenschaftler **Heiner Monheim** verwies auf einen statistischen Vergleich der Verkehrspolitik von 100 Kommunen, der große Unterschiede und damit kommunalen Gestaltungsspielraum unabhängig vom nationalen Rahmen zeige. Kommunen sollten den Imagekampagnen der Autohersteller durch freches Marketing die Nachteile der Autos – Emissionen, Stau, Lärm, Unfälle, mangelnde Aufenthaltsqualität – entgegensetzen. „Grüne“ Autos seien nicht die Lösung.

Den Grünen warf er vor, sich von der Strategie der Verkehrswende verabschiedet zu haben. Als Vision sollte die Zahl und Leistung der Autos halbiert werden und dann hochgerechnet werden, wie viel ÖPNV benötigt würde. Der ÖPNV und Umweltverbund würden zu wenig regional gestaltet – kommunal gäbe es einige gute Beispiele.

Die Workshop-Teilnehmer/innen debattierten länger über die Frage, ob nun zu viel oder zu wenig Geld im ÖPNV stecke. **Hans-Jürgen von Berlepsch** von TraffiQ vertrat die Auffassung, dass 30 Prozent der Ausgaben im ÖPNV-Sektor eingespart werden könnten, wenn Wettbewerbshemmnisse beseitigt werden. Verantwortlich seien in erster Linie ineffiziente Strukturen, die mit der zersplitterten Struktur der ÖPNV-Finanzierung zusammenhängen. Deshalb, so v. Berlepsch, würde bei mehr Wettbewerb weniger Geld für die gleiche Qualität ausgegeben werden.

In der Diskussion wurde allerdings betont, dass man mehr Geld in den Umweltverbund stecken muss, wenn man eine Verkehrswende herbeiführen will. Dieses Geld könne durch den Abbau der indirekten Subventionen des Autoverkehrs beschafft werden. Laut einer ICLEI-Studie würden Kommunen 150 € pro Kopf und Jahr für den Autoverkehr ausgeben. Die Grünen wurden aufgefordert, sich der Verkehrswende wieder stärker zuzuwenden.

Rosa Hemmers von Eurosolar bezeichnete zu Beginn des Panels "**Kommunale Strategien für die Energiewende**" unabhängige Stadtwerke als entscheidend für eine Energiewende mit verbesserter Energie-Effizienz sowie einer Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien, vor allem aber der Kraft-Wärme-Kopplung. Initiativen vor Ort zum Rückkauf der Anteile (Stadtwerke) sollten von der Politik unterstützt werden. Dabei seien Renditeerwartungen von über 20 Prozent unseriös und sollten nicht zur Grundlage einer kommunalen Finanzplanung gemacht werden. Durch den Import der Brennstoffe (Kohle, Gas, Uran) würde die Chance vergeben, Wertschöpfung in der jeweiligen Region zu steigern. Sie schlug die Förderung von Wärmenetzen vor, die vor allem in der Nahversorgung zukünftig eine Rolle spielen sollen.

Othmar Verheyen vom Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e.V. unterstrich die Wichtigkeit der Kraft-Wärme-Kopplung als Übergangstechnologie vom fossilen ins solare Zeitalter. Die aus der Industrie bekannten guten Einsparmöglichkeiten durch KWK müssten zukünftig auch im Kleinanlagenbereich genutzt werden. Eine Steigerung um 25 bis 40 Prozent des Anteils der Kraft-Wärme-Kopplung müsse dringendes Ziel sein. So käme Deutschland von 10 Prozent auf das Niveau von zum Beispiel Finnland oder Dänemark.

Martin Cames vom Öko-Institut Berlin berichtete von der Kohlekraftwerksstudie, die das Institut für die Stadtwerke Kiel verfasst hatte. Darin wurden technische Alternativen zu einem Steinkohlekraftwerk überprüft. In der Studie sei es hauptsächlich um eine Abwägung des Kohlekraftwerksneubaus mit Preissteigerungen bei Gas- und Importkohlepreisanstieg gegangen. Unter den derzeitigen Annahmen bzgl. Preissteigerung vor allem im Bereich Erdgas wurde eine Variante eines großen Steinkohlekraftwerkes als wirtschaftlich darstellbar errechnet. Kommunale Stadtwerke stünden unter einem enormen Wettbewerbsdruck und würden auch von kommunalen Eignern dazu angehalten, höchstmögliche, kurzfristige Dividenden zu erwirtschaften.

Würden alle derzeit in Planung befindlichen Kraftwerke auch tatsächlich ans Netz gehen, kämen enorme zusätzliche Kosten für CO₂-Emissionszertifikate hinzu. Aus klima- und umweltpolitischen Gründen sei das Kraftwerk in Kiel nicht tragbar. Das Wasserrecht böte in Kombination mit der FFH-Richtlinie Möglichkeiten, über Wasser- und Artenschutz Kohlekraftwerke zu stoppen. In Kiel gäbe es ein lokales Moratorium zum Stopp des Kohlekraftwerks.

Carola Zülch berichtete von der Tätigkeit von der GreenCityEnergy GmbH. Diese knüpfe an die Grundidee an, dass die Energiewende dezentral organisiert werden muss, und konzipiere und vermarkte Bürgerbeteiligungsanlagen (Photovoltaik, Biomasse, Wind, Wasser). Dabei nutze das Unternehmen die bestehenden Beratungslücken in den Kommunen und böte Hilfe bei der Umsetzung einer klimafreundlichen Energieerzeugung an. Die sich abzeichnende Wirtschaftskrise stelle dabei kein Problem dar. Ganz im Gegenteil: Das Vertrauen der BürgerInnen in die Wertschöpfung der Region, bei moderater Dividende und sichtbaren Investitionen, zeichne sich als ein Erfolgsgarant für die Zukunft ab.

"**Die grüne Kommune – Stellschrauben für den Klimaschutz**" versuchte die Gesamtschau auf die kommunale Klimapolitik. Wo setzen wir an, welche Handlungsmöglichkeiten haben wir, welche Prioritäten setzen wir in der Kommune?
Gerda Stuchlik, Umweltbürgermeisterin der Stadt Freiburg, hat erreicht, dass 10

Prozent der Konzessionsabgabe aus der Energieversorgung fest für Klimaschutzmaßnahmen verplant sind. Die Stadt Freiburg bekannte sich per Ratsbeschluss zu dem ehrgeizigen Ziel, bis 2030 die CO₂-Emissionen um 40 Prozent zu reduzieren.

Der hannoversche Umweltdezernent **Hans Mönninghoff** bezeichnete verbindliche Aktionsprogramme für die laufende Wahlperiode als ebenso wichtig wie die Definition langfristiger Ziele. Das Klimaschutzprogramm Hannovers definiere 30 Maßnahmen, mit denen bereits begonnen wurde. Mönninghoff hielt es daher nicht für ausreichend, Klimaschutz zu einer kommunalen Pflichtaufgabe zu machen.

Gerhard Jocksch, Baustadtrat a.D. aus Münster betonte, wie wichtig für eine effiziente Klimastrategie das kommunale Eigentum sei: Eigene Stadtwerke, ein leistungsfähiger ÖPNV, kommunale Wohnungsunternehmen gäben der Kommune erst die Hebel zum wirksamen Handeln in die Hand. Er bezeichnete eine Strategie der Rekommunalisierung als zentrales Element einer zukunftsfähigen Politik vor Ort. Ebenso wichtig seien jedoch die nationalen Rahmenbedingungen: Pendlerpauschale, Eigenheimzulagen oder Dienstwagenprivileg passten nicht in die Zeit.

Im Panel "**Klimaschutz und Stadtentwicklung**" ging es u.a. darum, wie Kommunen ihr vornehmes Recht der Planungshoheit für mehr Klimaschutz nutzen können. Die Aachener Bau- und Umweltdezernentin **Gisela Nacken** zählte einige mögliche Instrumente auf, die in Aachen auch praktiziert würden: Ein Masterplan formulierte als Leitbild der Stadtentwicklung die grüne, kompakte Stadt. Ein Nahversorgungskonzept und ein Gewerbeflächenkataster trügen dazu bei, eine stärkere Ausbreitung von Siedlungsflächen ins Umland einzudämmen.

Auf kommunalen Liegenschaften würden Solaranlagen und ein effizientes Energiemanagement installiert. Allerdings reichten ihrer Meinung nach die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten nicht aus, um den Klimaschutz entscheidend voranzutreiben; auch Bund und Länder müssten ihre Hausaufgaben machen.

Der Marburger Umweltdezernent und Bürgermeister **Franz Kahle** stellte die Marburger Solarsatzung als exponiertes Beispiel von Klimaschutz durch Stadtplanung vor. Die Marburger Solarsatzung schreibt vor, dass bei allen Neubauten sowie bestimmten baulichen Änderungen im Bestand eine Solarthermie-Anlage auf dem Dach installiert werden muss. Diese Regelung hatte bundesweit für Aufsehen besorgt. Kahle erläuterte, dass wirksamer Klimaschutz im Gebäudebereich nur wirksam sei, wenn man den Bestand mit einbeziehe. Die rot-grüne Koalition in Marburg hätte sich für Solarthermie entschieden, weil die hessische Bauordnung eine solche Regelung nur für bestimmte Heizungsarten zuließe. Ansonsten hätte man auch andere regenerative Energiequellen zulassen können. Der Bürgermeister berichtete von Kritik, aber auch von großer Zustimmung aus der Bevölkerung. In der Diskussion wurde die Satzung sehr begrüßt, die Teilnehmer/innen plädierten dafür, alle Landesbauordnungen entsprechend zu reformieren.

Karsten Wessel von der IBA Hamburg stellte das Programm „regeneratives Wilhelmsburg“ vor. Er verdeutlichte den Handlungsbedarf im Klimaschutz, da Wilhelmsburg zu den Orten gehört, die bei einer weiteren Erhöhung des Meeresspiegels existenziell bedroht wären. Zu den Zielen der IBA gehöre, den Standard zur Gebäudesanierung auf 50 Prozent unter die EnEV zu senken und Wilhelmsburg durch

ein regeneratives Nahwärmenetz zu erschließen. In der Diskussion wurde zur energetischen Sanierung des Gebäudebestands ein nationales Konjunkturprogramm gefordert.

Kommunale Weichenstellungen ins klimaneutrale Zeitalter

Der Kongress war auch Anlass für die "Münsteraner Erklärung: Städte und Gemeinden als Vorreiter für den Klimaschutz", die bislang von über 30 Persönlichkeiten aus der grünen Politik unterzeichnet wurde. Sie enthält eine Reihe teils sehr konkreter Umsetzungsschritte für eine konsequente und zukunftsorientierte lokale Klimapolitik. Das Abschlussplenum diente - neben der Zusammenfassung der Konferenz – auch der Präsentation und Diskussion dieses Papiers.

Zu Beginn machte **Ralf Fücks**, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, deutlich, dass Klimaschutz in den vor uns liegenden Zeiten keineswegs unumstritten sein wird. Die Finanzkrise werde absehbar in die Frage münden, wie viel Klimaschutz wir „uns noch leisten“ könnten; bereits jetzt sei dieser Trend beispielsweise in der deutschen Industriepolitik, z. B. gegenüber den Autoproduzenten, sichtbar. Gerade angesichts knapper finanzieller Mittel gehe es jedoch umso mehr um eine Richtungsentscheidung: In welche Zukunft investieren wir? Auch sozial sei Klimaschutz vernünftig, was sich in der Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, am Thema der Zersiedelung oder in der Verkehrspolitik illustrieren lasse. Klimaschutz müsse zugleich eine Top-Down- wie auch eine Bottom-Up-Strategie sein; ohne die politischen Spitzen sei er genauso wenig umsetzbar wie ohne eine breite Unterstützung in der Bevölkerung.

Gerhard Joks unterstrich an der Erklärung drei Punkte: die Bedeutung einer starken kommunalen Selbstverwaltung und kommunalen Eigentums als Grundlage, um überhaupt eine wirksame Klimapolitik umsetzen zu können; die Notwendigkeit einer bewussten, formulierten politischen Strategie; und schließlich die Etablierung einer klimagerechten Lebensart als neues gesellschaftliches Leitbild. Er hob hervor, dass er Klimaschutz zentral als Aufgabe der Politik betrachtet.

Während **Axel Welge** für den Deutschen Städtetag die Festlegung des Klimaschutzes als Pflichtaufgabe für die Gemeinden zumindest ohne klare Finanzierungsregelung ablehnte und darauf hinwies, wie viel Kommunen jetzt schon tun, setzte sich die Grüne Bundestagsabgeordnete **Bärbel Höhn** nachdrücklich für den Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe ein. Der Grund: Arme Kommunen könnten sonst Klimaschutzmaßnahmen gegenüber der Kommunalaufsicht kaum rechtfertigen. Zudem formulierte Höhn Aufgaben für die Bundespolitik, beispielsweise müsse der Energiepass auf Grundlage des Bedarfs verbindlich werden. Um die Gebäudesanierung voranzubringen, seien neue Finanzierungsinstrumente notwendig.

Klaus Müschen vom Umweltbundesamt formulierte eine Reihe von Aufgaben für die kommunale Klimapolitik: z.B. gute Beispiele kommunizieren, klimagerechtes Verhalten belohnen und fördern. Kommunale Behörden sollten die Kontrollmöglichkeiten, die sie haben, konsequent nutzen. Wesentlich sei die Kooperation zwischen Stadt und Umland bei der Flächenausweisung und beim Verkehr.

Daniela Setton, die für die KlimaAllianz die Kampagne gegen den Neubau von Kohlekraftwerken koordiniert, forderte, die Münsteraner Erklärung um dieses Thema zu erweitern. Falls die Neubaupläne Wirklichkeit würden, seien die deutschen

Klimaschutzziele nicht zu erreichen. Die Kommunen hätten durchaus Möglichkeiten, neue Kohlekraftwerke über die Bauleitplanung zu verhindern. Bärbel Höhn, die die Ablehnung der Investition in Kohlekraftwerke teilt, bezeichnete hingegen das Emissionsschutzgesetz als das bessere Instrument.

Insgesamt bot der Kongress eine Vielzahl von spannenden Debatten, und so sind die meisten TeilnehmerInnen mit vielen neuen Anregungen und Impulsen für ihre Politik vor Ort wieder nach Hause gefahren. Die Zufriedenheit war hoch, und dazu trug sicher auch die Gesamtinszenierung des Kongresses bei. Vor Beginn wurden Exkursionen zu vorbildlichen Projekten in Münster angeboten, man konnte seine eigene CO₂-Bilanz erstellen, es gab Bio-Essen, die CO₂-Emissionen der Veranstaltung wurden ausgeglichen.

Die Stadtwerke Münster sponserten Busshuttles zum Veranstaltungsort. Die Busse zeigten als Fahrziel „KlimaKommunal“ an – und sorgten so zwei Tage lang für eine erhöhte Präsenz dieser Veranstaltung im Stadtbild.

Tatsächlich bleibt noch viel zu tun, um den Klimaschutz zu einem Standard für Kommunen zu machen. Die Grünen, wo immer sie Einfluss haben, können und müssen den Weg dorthin ebnen.

Die "Münsteraner Erklärung" soll diskutiert und weiterentwickelt werden. Dies ist auch online unter <http://www.boell.de/oekologie/klima/klima-energie-5210.html> möglich. Weitere UnterstützerInnen werden ebenfalls gesucht. Bitte Mail an Judith Utz schicken unter: utz@boell.de.